

Umweltverbände ziehen Vorlage des Berner Parlaments vor

Die vier Umweltverbände WWF, Pro Natura, Greenpeace und SSES unterstützen bei der bevorstehenden Abstimmung im Kanton Bern sowohl das Energiegesetz des Parlaments wie auch den Volksvorschlag. Bei der Stichwahl empfehlen sie aber dezidiert die Vorlage des Parlaments.



Das revidierte Energiegesetz sieht vor, dass der Gebäudeenergieausweis der Kantone (Geak) obligatorisch wird. Bild: Keystone

«Wir wollen ein wirksames Energiegesetz mit Energieausweis und gesicherten Förderbeiträgen», sagte Nadine Masshardt, SP-Grossrätin und Co-Präsidentin des WWF im Kanton Bern, am Donnerstag vor den Medien. Ein Vorteil des revidierten Gesetzes gegenüber dem Volksvorschlag sei etwa, dass der Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) obligatorisch erklärt würde.

Freiwilligkeit reiche nämlich nicht aus, um die Klimaerwärmung zu stoppen, fügte Masshardt an. Heute werde viel Energie durch schlechte Dämmung und ineffiziente Heizsysteme vergeudet. Dank dem GEAK werde aber bei Häusern, die vor 1990 gebaut worden seien, schnell deutlich, wo Sanierungsbedarf bestehe.

Die Umweltverbände befürworteten auch die Förderabgabe auf Strom, die der Volksvorschlag bekämpft. Dank dieser Abgabe könne der Kanton Hausbesitzer bei Sanierungen wirkungsvoll unterstützen, hielt Jörg Rüetschi, Geschäftsführer WWF Bern, fest.

Ein durchschnittlicher Haushalt müsste dadurch zwar mit zusätzlichen Kosten von 17 bis 35 Franken pro Jahr rechnen. Das sei aber keine grosse Zusatzbelastung, wie die Verbände festhielten. Überdies komme das Geld dem lokalen Gewerbe zu Gute.

Unausgewogener Volksvorschlag

Für die Umweltperten ist der Volksvorschlag des Hauseigentümergebietes und der Wirtschaftsverbände insgesamt unausgewogen. Trotzdem empfehlen sie auch für den Volksvorschlag ein Ja, weil er immer noch besser sei als das alte Gesetz. Denn eigentlich hätten die Umweltverbände lieber eine Revision gehabt, die noch weiter gegangen wäre.

Die aktuelle Vorlage der Regierung, die vom Grossen Rat in der Märzsession 2010 abgesehen wurde, sei nämlich schon ein Kompromiss, betonte Masshardt.

Zur Erinnerung: Die bürgerliche Mehrheit im Parlament hatte den ursprünglichen Vorschlag der rot-grün dominierten Regierung für ein revidiertes Energiegesetz entschärft. Sie kippte die Lenkungsabgabe auf Strom und die Sanierungspflicht für Gebäude der schlechtesten Effizienzklasse. (met/sda)